

Es gilt das gesprochene Wort

Medienkonferenz 03. September 2014

Bilanz „Aufklärung und Zusammenarbeit plus“

**Regierungspräsident Isaac Reber
Vorsteher der
Sicherheitsdirektion des Kantons Basel-Landschaft**



Anrede

Vor ziemlich genau zwei Jahren haben wir an dieser Stelle das Projekt "Aufklärung und Zusammenarbeit plus" angekündigt und ins Leben gerufen.

Ziel dieses Projektes: Zusammen geht es besser, vor allem, wenn man sich gegenseitig kennt, wenn man weiss, wer wie weshalb so arbeitet. Vor zwei Jahren verabschiedeten wir eine ganze Reihe von Massnahmen.

Und ich gab der Polizei Basel-Landschaft klare Zielvorgaben. Denn als Sicherheitsdirektor trage ich die oberste Verantwortung für die Sicherheit der Baselbieterinnen und Baselbieter. Wir leben zwar nach wie vor in einem sicheren Kanton, aber wir haben ein Problem, das direkt mit unserer geografischen Lage zusammenhängt: Der Einbruchdiebstahl.

Die lange grüne Grenze zu Frankreich und die grosse Nord-Süd-Verkehrsachse begünstigen nachweislich diese Deliktskategorie: Mal schnell über die Grenze, Bruch machen und wieder weg, sei es zurück über die Grenze, oder auf der Strasse weiter... Dass alle Grenzkantone ohne natürliche Grenze wie zum Beispiel ein Gebirge oder einen Fluss unter diesem Phänomen leiden, zeigt die entsprechend eingefärbte Karte des BFS.

Die Karte zeigt aber auch, dass wir gesamtschweizerisch nach wie vor sicher sind. Der Kanton Basel-Landschaft gehört mit 56 Delikten pro 1000 Einwohner nämlich nach wie vor zu den überdurchschnittlich sicheren Kantonen der Schweiz. Der Durchschnitt liegt bei über 70 Delikten!

Aber jetzt wieder zurück zum heutigen Anlass.

Staatsanwaltschaft und Polizei bilden zusammen die tragenden Säulen der Strafverfolgung. Erfolg haben können wir also nur, wenn beide Pfeiler stark sind und Staatsanwaltschaft und Polizei zusammen arbeiten.

Die Strafverfolgung als Ganzes ist nämlich eine unteilbare Aufgabe und steht in der gemeinsamen Verantwortung beider Organe, ebenso wie auch der Erfolg.

Ich bin wirklich erleichtert, dass ich heute sagen kann: Dieses Projekt "Aufklärung und Zusammenarbeit plus" hat sich bis hierher schon mal gelohnt. Wir bekommen nur positive Rückmeldungen von denjenigen, die eine gegenseitige Ausbildung oder eine Stage absolviert haben. Bis jetzt haben 57 Mitarbeitende der Staatsanwaltschaft und 89 Mitarbeitende der Polizei von den gegenseitigen Angeboten Gebrauch gemacht.

Vor zwei Jahren haben wir aber nicht nur das angestossen. Ich möchte nochmals ganz kurz rekapitulieren, welche Massnahmen bis auf weiteres gelten. Neben den Stages und gegenseitigen Ausbildungen haben wir eine Verfahrensplanung institutionalisiert:

Die Verfahrensplanung wird auch bereits bei kleineren Verfahren eingesetzt. Die Verfahrensplanung muss so frühzeitig wie möglich zwischen allen Beteiligten gemeinsam stattfinden.

Ein weiterer Punkt:

Plant die Polizei bestimmte Aktionen in einem Kriminalitätsbereich, hat sie sich frühzeitig an die Staatsanwaltschaft zu wenden, damit das weitere Vorgehen koordiniert, abgesprochen und auf Seite der Staatsanwaltschaft eine zuständige Person bezeichnet werden kann.

Die nächste Verbesserung:

Probleme im Einzelfall sind konsequent in allen Fällen zuerst zwischen den direkt Beteiligten zu besprechen. Kommt man dann nicht weiter, werden die Vorgesetzten beigezogen. Bestehen dann immer noch Unklarheiten, befassen sich der Polizeikommandant und die Erste Staatsanwältin mit der Angelegenheit. Auf allen Stufen sind einschlägige, gegenseitige Fallbesprechungen erforderlich.

Gerichtlich und von der Staatsanwaltschaft abgeschlossene Fälle werden auf Wunsch gegenseitig intern kommuniziert.

Und jetzt komme ich noch kurz zur leidigen Geschichte mit den Einbruchdiebstählen.

Wir haben uns 2012 zum Ziel gesetzt, die deutlich unterdurchschnittliche Aufklärungsquote bei den Einbruchdiebstählen zu verbessern und mindestens den nationalen Schnitt zu erreichen. Dieses Ziel haben wir 2013 schon erreicht. Ein erstes Ergebnis dieser Anstrengungen zeigt sich daran, dass auch mit dem neuen Gefängnis in Muttenz rund 75 Prozent aller Baselbieter Gefängnisplätze belegt sind, vornehmlich durch so genannte Kriminaltouristen.

Mit der vorzeitigen Zielerreichung kann ich mich natürlich nicht zufrieden geben. Unser Projekt "Aufklärung und Zusammenarbeit plus" hat ein klares Ziel: Bis 2016 sind wir aufklärungsmässig im ersten Drittel der nationalen Aufklärung, und zwar in den Kategorien:

Einbruchsdiebstahl, einfache Körperverletzung, Raub, Vergewaltigung, sexuelle Nötigung, sexuelle Handlung mit Kindern, Brandstiftung und Taschendiebstahl.

Das ist ein ehrgeiziges Ziel, das ist mir bewusst. Doch wenn ich sehe, wie unsere Polizei unterwegs ist, bin ich zuversichtlich, dass wir meine Vorgaben erreichen. Von politischer Seite haben wir bis dahin möglich gemacht, was möglich war.

Die Aufstockung des Polizeikorps wird sogar beschleunigt, die zusätzlichen polizeilichen Sicherheitsassistenten entlasten Polizisten, die so wieder vermehrt für eigentliche polizeiliche Aufgaben zur Verfügung stehen.

So erleichtert, wie ich Ihnen vorhin den bisherigen Erfolg der intensivierten Zusammenarbeit Polizei-Staatsanwaltschaft präsentiert habe, so erleichtert stelle ich fest: Die Anstrengungen der Polizei zur Bekämpfung des Kriminaltourismus scheinen Früchte zu tragen. Im ersten Halbjahr 2014 ist es uns gelungen, den Aufwärtstrend bei den Einbruchdiebstählen zu brechen. Ich bin zuversichtlich, dass es in den einschlägigen Kreisen so langsam die Runde macht, dass ein "Besuch" im Baselbiet mit einem erhöhten Risiko verbunden ist.

Wir müssen uns handkehrum aber auch bewusst sein: Wir werden leider nie null Einbruchdiebstähle haben. Das ist schlicht unrealistisch, die geografischen Gründe dafür habe ich eingangs erwähnt.

Aber wir arbeiten alle zusammen daran, das Baselbiet für Kriminelle so unattraktiv wie möglich zu machen.